Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Breslauer Zeitung.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

№ 285. Montag den 14. Oktober 1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Paris, 11. Oktober. Gestern hat nach der Revue eine Versammlung von 100 Repräsentanten der Majorität stattgefunden, wobei sich auch Changarnier befand. In Madrid ist das Gerücht der Demission des General Narvaez verbreitet. Ein Rundschreiben des toskanischen Ministeriums verspricht die zukünftige Herstellung der Verfassung.

3% 57. 5% 92.

Hamburg, 12. Oktober. Berlin-Hamburger $89\frac{1}{4}$. Köln-Minden $96\frac{1}{2}$. Nordbahn $36\frac{3}{4}$.
Weizen findet Beachtung. Oel p. Oktober $23\frac{3}{8}$, p. Mai $22\frac{1}{2}$. Kaffee ruhiger. Zink 3500 Ctnr. Lieferung $10\frac{1}{4}$.

Stettin, 12. Oktober. Roggen p. Herbst $33\frac{1}{4}$, p. Frühjahr 37 bez. und Br. Rüböl $12\frac{1}{6}$ Gld., p. Winter $11\frac{3}{4}$ Br. Spiritus 23, p. Frühjahr $21\frac{1}{2}$ Br.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. Nordbahn $40\frac{1}{2}$.

Kassel, Sonnabend, 12. Oktober Abends 9 Uhr. Noch immer Stillstand. Haynau war heute zum ersten Male auf der Wachtparade und wurde kalt empfangen. Die einzelnen Entlassungsgesuche sind noch nicht nach Wilhelmsbad gesandt. Eine Ordre legt die Rücknahme der Gesuche für diejenigen nahe, welche ihre Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit etwa aufgegeben, und empfiehlt in Zweifelsfällen eine Consultation mit den Vorgesetzten.

Stuttgart, 10. Oktober. Die Landesversammlung beschloß, nach Antrag der Regierung einen dreijährigen Etat zur Berathung zu bringen. Dieselbe hat sich auf drei Wochen vertagt.

London, 11. Oktober. Consols $96\frac{7}{8}$, 97.
Getreidemarkt flau. Zufuhr gut. Kaffee fest. Indigo-Auktion 1 Schilling theurer. Vieles zurückgezogen.

Amsterdam, 9. Oktober. Integrale $56\frac{5}{8}$. Spanische inländische Schuld $33\frac{7}{8}$. $2\frac{1}{2}$% Metalliques $40\frac{5}{8}$. 5% Metalliques $76\frac{1}{4}$. 5% neue Metalliques $80\frac{3}{4}$. Russische 4% Hope (1840.) $87\frac{5}{8}$. Russ. 4% Obligat. (Stieglitz und Comp.) $87\frac{3}{8}$. Neue russische Anl. $95\frac{1}{4}$. Raps p. Oktober $58\frac{1}{2}$. Rüböl p. Oktober 35, p. Mai $35\frac{5}{8}$. Roggen flauer.

Brüssel, 10. Oktober. Die Königin wurde mit den Sterbesakramenten versehen.

Aachen, 12. Oktober. Die Königin der Belgier ist gestern Morgen $8\frac{1}{4}$ Uhr gestorben. (Tel. Dep. d. Ref.)

Preußen.

Berlin, 12. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Ober-Baurath Lentze, zur Zeit in Dirschau, den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem Steueraufseher Grönert zu Koblenz, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den Diakonus zu Schkeuditz und Pfarrer in Kursdorf, Dr. Stier, zum Superintendenten der Diözese Schkeuditz zu ernennen. Der Wundarzt erster Klasse, Schmikal, ist zum Kreis-Chirurgus des Kreises Lüben, Regierungs-Bezirks Liegnitz, ernannt worden.

Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist von der Schorfhaide wieder hier eingetroffen.

[Militär-Wochenblatt.] v. Bosse, Major vom 7. ins 14te Inf.-Reg., v. Rieben, Major vom 14. Inf.-Reg., als Komdr. zum Ldw.-Bat. 35. Inf.-Reg. versetzt. v. Strotha, Gen.-Lieut., zum Insp. der 2. Art.-Insp., v. Hahn, Gen.-Major u. Insp. der 2. Art.-Insp., zum Kommandanten von Berlin ernannt. Fritze, Major und Komdr. des Ldw.-Bat. 35. Inf.-Reg., ins 7. Inf.-Reg. versetzt. Sand, Kasernen-Inspektor 2. Klasse in Breslau, zum interimistischen Kasernen-Inspektor 1. Klasse und Kontrolführer bei der Garnisonverwaltung in Graudenz ernannt.

Dasselbe Blatt enthält folgende allerhöchste Kabinets-Ordre, betreffend das Eingehen der Gouvernements zu Breslau und Königsberg in Pr. als Behörden.

Im Verfolg Meiner Ordre vom 4. April d. J. wegen Aufhebung des Gouvernements zu Berlin bestimme Ich nach Ihrem Antrage: 1) die Gouvernements zu Breslau und Königsberg in Pr. gehen als Behörden ein; 2) die Rechte und Pflichten der Gouverneure werden den Kommandanten an diesen Orten übertragen; 3) die Gouvernementsgerichte bleiben ohne irgend eine Aenderung ihrer Kompetenz als Garnisongerichte fortbestehen. — Ich überlasse Ihnen, das hiernach weiter Erforderliche zu verfügen.

Bellevue, den 26. September 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
(gegengez.) v. Stockhausen.

Dasselbe Blatt bringt die Instruktion für die Wachen, in Hinsicht der von ihnen vorzunehmenden vorläufigen Ergreifungen und förmlichen Verhaftungen. Diese Instruktion weicht von den früher geltenden insofern ab, als nach dem Gesetz vom 12. Januar 1850 die förmliche Verhaftung nur kraft eines richterlichen Befehls vorgenommen werden darf und das Eindringen in die Wohnungen zur Nachtzeit verboten worden. Ein Anhang giebt das „Gesetz über den Waffengebrauch des Militärs." Wir heben aus demselben heraus: § 7. Das Militär hat von seinen Waffen insoweit Gebrauch zu machen, als er zur Erreichung der in den vorstehenden §§ 5—6 angegebenen Zwecke erforderlich ist. Der Gebrauch der Schußwaffe tritt nur dann ein, wenn entweder ein besonderer Befehl dazu ertheilt worden ist, oder wenn die andern Waffen unzureichend erscheinen. Der Zeitpunkt, wenn der Waffengebrauch eintreten soll, und die Art und Weise seiner Anwendung muß von dem handelnden Militär jedesmal selbst erwogen werden. § 8. Wird das Militär zum Beistand einer Civilbehörde kommandirt, so hat nicht die Letztere, sondern das Militär und dessen Befehlshaber zu beurtheilen, ob und in welcher Art zur Anwendung der Waffen geschritten werden soll. Die Civilbehörde aber muß in jedem Falle, in welchem sie die Hilfe des Militärs nachsucht, den Gegenstand und den Zweck, wozu sie verlangt wird, so bestimmt angeben, daß von Seiten des Militärs die Anordnungen mit Zuverläßigkeit getroffen werden können. § 10. Daß beim Gebrauche der Waffen das Militär innerhalb der Schranken seiner Befugnisse gehandelt habe, wird vermuthet, bis das Gegentheil erwiesen ist. Die Angaben derjenigen Personen, welche irgend einer Theilnahme an dem, was das Einschreiten der Militärgewalt herbeigeführt hat, schuldig oder verdächtig sind, geben für sich allein keinen zur Anwendung einer Strafe hinreichenden Beweis für den Mißbrauch der Waffengewalt.

C. C. **Berlin**, 12. Okt. [Die gestrige 36. Sitzung des provisorischen Fürstenkollegiums] wurde mit einer vertraulichen Mittheilung des Vorsitzenden über den gegenwärtigen Stand der kurhessischen Angelgenheit eröffnet. Demnächst wurden von eben demselben drei neue Gesetzentwürfe über die Vollstreckung richterlicher Erkenntnisse, über den Gerichtsstand und über die Ausfertigung öffentlicher Urkunden im Bereiche der Union vorgelegt und zur Berichterstattung über diese Entwürfe ein Ausschuß, aus den Bevollmächtigten von Braunschweig, Nassau und Lübeck, den Herren Legationsrath Dr. Liebe, Präsident Vollpracht und Syndikus Dr. Elder, sowie aus dem Protokollführer des Kollegiums, geh. Justizrath Blömer, als Korreferent bestehend, niedergesetzt. Außerdem kam in der Sitzung zur Anzeige, daß der mit Dänemark abgschlossene Friede vom 2. Juli d. J. nunmehr auch von Oldenburg und Braunschweig ratifizirt worden sei. Den Rest der Sitzung füllten minder erhebliche Mittheilungen.

Berlin, 12. Oktbr. [Die Unions-Politik.] Es unterliegt nach der gestern stattgefundenen vertraulichen Besprechung der Mitglieder des Fürsten-Kollegiums kaum mehr einem Zweifel, daß die preußischen Vorschläge in Betreff der Umgestaltung der Union von den sämmtlichen betheiligten Staaten werden gebilligt werden; wir wollen deshalb bei der Bedeutung dieser Umgestaltung für einen Augenblick stehen bleiben. Wir glauben den Inbegriff derselben noch einmal kurz dahin zusammenfassen zu können, wie wir es bereits vor einigen Tagen gethan: der unitarische Charakter wird aufgegeben, und es tritt ein neues Föderativ-Verhältniß der gegenwärtig noch zur Union gehörigen Staaten an die Stelle. Man will zwar die Union im Prinzipe wahren, und die dereinstige Herstellung eines deutschen Bundesstaates in dem Umfange und der Form, wie er im Bündnisse vom 26. Mai beabsichtigt war, also namentlich auch mit einem gemeinsamen parlamentarischen Leben, bleibt daher als das in einer jetzt freilich noch unbestimmten Ferne angestrebte Ziel stehen, dessen Verwirklichung von einer anderen Gestaltung der Verhältnisse erwartet werden soll. Da nun aber bis jetzt auch noch nicht die entfernteste Aussicht für ein Eintreten derjenigen Bedingungen vorhanden ist, unter denen diese Verwirklichung zu erwarten steht, so dürfen wir dieser Wahrung des Prinzips, dieser Vertagung der unitarischen Pläne auf unbestimmte Zeit gar keine andere Bedeutung beilegen, als die eines völligen Aufgebens derselben — wenigstens bis dahin, wo einst das Bedürfniß einer deutschen Staaten-Einheit wieder in seiner ganzen Kraft zur Geltung gelangen wird, und wenn dieser Zeitpunkt wieder wird eingetreten sein, dann wird es wahrlich nicht erst diplomatisch formulirter Vorschläge der preußischen Regierung für deren Verwirklichung bedürfen, sondern dieselbe wird sich gegen und trotz derselben Bahn brechen. **Es wird sich daher nur darum handeln, was gegenwärtig reel geboten wird**, da wir die Aussicht auf das in der bloßen Verheißung Gewährte wohl zunächst werden aufgeben müssen. **Geboten wird aber eben nur ein engeres Bündniß der noch gegenwärtig unionsgetreuen Staaten**, die sich vorweg in Beziehung auf ein gemeinsames Handeln in Betreff einzelner Punkte der Verwaltung einigen; die Gemeinsamkeit der Verfassung (die Unions-Verfassung) und somit des parlamentarischen Lebens, und in weiterer Folge das eigentliche Wesen eines unitarischen Bundesstaates fällt fort, und es schrumpft somit das einst von der preußischen Regierung bei Gründung des Bündnisses vom 26. Mai statt der zurückgewiesenen Reichsverfassung Dargebotene und Verheißene auf ein solches Minimum zusammen, daß man selbst im bundestäglichen Heerlager gegen diese bescheidenen Pläne Preußens nichts mehr wird dawider haben können. *) In welcher Weise man noch mit Worten spielt, dies leuchtet am besten aus den Artikeln hervor, welche gegenwärtig in die Oeffentlichkeit treten. Wirklich lehrreich ist in dieser Beziehung der heutige Leitartikel der Vossischen Zeitung, dessen Kern sich in der Stelle konzentrirt, wo es heißt: „das Definitivum der Union würde auf jeden Fall mehr schaden als nützen; die Fortdauer des Provisoriums würde vor der Hand jedwede Verwirklichung ausschließen; das Vortheilhafteste wäre demnach, beide äußere Bezeichnungen fortzulassen ꝛc. ꝛc." Dies heißt doch wohl: man will weder jetzt ein Definitivum noch ein Provisorium der Union, sondern eben etwas ganz Anderes, dessen Wesen derselbe offiziöse Artikel in einer engen Verbindung der betreffenden Staaten für den Schutz der Sicherheit nach Innen und Außen bezeichnet, d. h. also in einem sogenannten Schutz- und Trutz-Bündnisse. Und um diese Aenderung vorzunehmen, trat Herr v. Radowitz, der Vater und Urheber der ganzen Unions-Politik, an die Spitze der Geschäfte, der somit sein eigenes Kind jetzt zu Grabe trägt. Diese Sachlage wolle man sich bei Zeiten klar vergegenwärtigen**).

In Ergänzung seiner gestrigen Mittheilung über die bevorstehende Umgestaltung der Union in ein Föderativbündniß erwähnt das C. B., daß die von Preußen gemachten Vorschläge auch das Aufgeben der Reichsvorstandschaft enthalten. Damit wäre denn auch die bisher gesonderte diplomatische Vertretung der einzelnen verbündeten Regierungen belassen. Das Bündniß selbst würde den Namen „Union" behalten; wie in seiner Absicht eine einheitliche Politik und ein gegenseitiger Schutz begriffen ist, so soll nicht minder eine gleichmäßige Berücksichtigung der materiellen Interessen bezweckt werden.

[Verständigung Oesterreichs und Preußens.] Nicht nur in den Beziehungen der Union zum weiteren Bunde, sondern auch in Betreff Kurhessens ist eine Verständigung zwischen den beiden Staaten angebahnt. In nachfolgender Mittheilung, welche dem M. C. von seinem Berliner, in der Regel gut unterrichteten Korrespondenten zugeht, tritt das bereits erwähnte Gerücht von einer Cooperation Preußens und Oesterreichs in Kurhessen bestimmter auf. „Welche Bestimmung diese (nach Erfurt dirigirten) Truppenbewegungen eigentlich haben, läßt sich für jetzt mit Sicherheit nicht sagen. Als nächste Veranlassung derselben erscheint die Intention der in Frankfurt verbündeten Regierungen: einseitig in Kurhessen einzuschreiten, und die Dinge dort nach ihrem Sinn und ihren Plänen zu ordnen. In dieser Beziehung ist noch gestern der Befehl nach Frankfurt a. M. abgegangen, daß bei dem Ueberschreiten der kurhessischen Grenze durch Bundestruppen sofort die in der Umgegend liegenden preußischen Truppen in Kurhessen einrücken sollen. Gleichzeitig mit dieser Schärfung der Gegensätze gewinnt aber die Aussicht mehr und mehr Boden, daß bei aller Spannung zwischen Preußen und Oesterreich und gerade in dem Moment, wo eine thätliche Entscheidung zwischen beiden bevorzustehen scheint, eine endliche Verständigung der beiden deutschen Großmächte eintreten werde. Es wird von verschiedenen Seiten versichert, daß Oesterreich keineswegs gesonnen sei, die Dinge auf die Spitze zu treiben, und daß seine Sprache gegen Preußen in ganz neuerer Zeit eine viel versöhnlichere geworden sei. Von Wien aus sollen in diesen Tagen Vorschläge zu einer Verständigung in der hessischen Frage eingelaufen sein, welche ihrem wesentlichen Inhalte nach dahin gehen: daß Oesterreich und Preußen gemeinsam im Kurfürstenthum einschreiten, geordnete Zustände herstellen und die Ausgleichung der zwischen der Regierung und den Ständen obschwebenden Rechtsfrage herbeiführen. Sollte ein solches Arrangement zu Stande kommen, so würde mithin die Bestimmung des aufgestellten preußischen Truppenkorps eine ganz andere werden, als dies bis jetzt den Anschein hat. Der General Brese, welcher neulich in besonderer Mission an den Kurfürsten von Hessen gesendet wurde, und seit einigen Tagen nach Berlin zurückgekehrt ist, war früher Militärgouverneur des jungen Kurprinzen. Derselbe soll seinem ehemaligen Zögling sehr eindringliche Vorstellungen gemacht und namentlich wiederholt darauf hingewiesen haben, daß Preußen ein einseitiges Eingreifen des Frankfurter Bundestags nicht dulden werde."

Von allen Seiten gehen uns Mittheilungen zu, welche auf die Verständigung Oesterreichs mit Preußen in Betreff Kurhessens hindeuten, nur die Neue Preuß. Ztg. glaubt nicht daran, dagegen ist sie von einer Anerkennung des Bundestages von Seiten Kurhessens vollständig überzeugt.

Der „Hamburger Correspondent" läßt sich von hier schreiben: „Man bespricht hier die Ankunft des Prinzen Friedrich von Hessen-Kassel. Die Ankunft des Prinzen soll eine Folge der vertraulichen Mission sein, in welcher unser König den Chef des Ingenieurkorps und General-Inspektor aller Festungen, Generallieutenant v. Brese, nach Wilhelmsbad gesendet hatte. Wie uns von guter Stelle mitgetheilt wird, so ist das Begehren der landgräfl. Familie vorzugsweise dahin gerichtet, weder von Seiten der Union noch vom Bundestage das Werk der Vermittelung und Ausgleichung in dem Konflikt zwischen dem Kurfürsten und den Ständen, sondern direkt von Seiten unseres Königs, gemeinschaftlich mit dem Kaiser von Oesterreich, bewirkt zu sehen. In manchen Beziehungen scheint, wenn auch nicht die Sache selbst, wohl aber die Ansicht, die man davon hier bei höchster Stelle hatte, verändert zu sein. Wie an den Kurfürsten, so scheinen auch nach Kassel Personen in einer vertraulichen Mission gegangen zu sein; es sind aber Offiziere niederen Ranges."

Von besonderer Bedeutung erscheinen folgende Bemerkungen der Voß. Ztg., wobei wir freilich dahingestellt sein lassen, ob dieselben Ernst oder Ironie enthalten sollen: „So sehr ernsthaft der um Kurhessen entstandene Streit zwischen den beiden mächtigsten deutschen Staaten auch auf den ersten Blick zu sein scheint, so möchte doch auch eine Aussöhnung durch Maßregeln von höchster Wichtigkeit eben vorbereitet werden. **Indem nämlich der Union vorgeschlagen wurde, das der Coalition besonders verhaßte Element irgend einer parlamentarischen Zuthat zu dem übrigen norddeutschen Bündnisse wegzulassen, und ganz auf künftige Zeiten zu vertagen, muß die Union wesentlich blos als ein Schutzbündniß der Regierungen aufgefaßt werden. Durch diese prinzipielle Nachgiebigkeit an die Wünsche Oesterreichs bricht Preußen dem Streite die Spitze ab, vermeidet Reibungen, die den engeren Rath zu lebhaft verletzen müßten**, und erspart sich wahrscheinlich das Einrücken in Kurhessen, da nunmehr auch Oesterreich, in Anerkennung jener Willfährigkeit, höchst wahrscheinlich die nöthigen äußeren Rücksichten beobachten dürfte."

Die Angelegenheit der preußischen Entschädigungsforderung an Baden soll bereits im Ministerium zum Vortrag gekommen sein und man soll den Beschluß gefaßt haben, sich einstweilen mit dem Anerkenntniß der badischen Regierung, daß sie überhaupt für die von Preußen geleistete Hülfe eine Entschädigung zu leisten verbunden sei, zu begnügen. Die Höhe dieser Entschädigung soll einer weitern Verständigung vorbehalten bleiben, wobei das diesseitige Ministerium alle möglichen Rücksichten obwalten lassen will.

Heute Vormittag findet abermals eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

Wie wir vernehmen, wird der für die Union ausgearbeitete Preßgesetzentwurf dem Fürstenkollegium nunmehr nicht vorgelegt werden, dagegen ein, auf denselben Prinzipien beruhender, vor die Kammern gebracht werden. (Const. Z.)

[Der Constit. Ztg. wird der Postdebit wieder zugestanden und der N. Preuß. Ztg. mit der Entziehung desselben gedroht,] wie aus nachfolgenden Anzeigen der betreffenden Blätter hervorgeht.

Die Const. Ztg. zeigt an: „In Beziehung auf die gegen unsere Zeitung verfügte Maßregel der Postdebitsentziehung ist der Redaktion heute, Mittags 12 Uhr, in Folge ihrer desfallsigen Beschwerde bei dem Minister des Innern, durch den Polizei-Präsidenten Hrn. v. Hinckeldey eröffnet worden, daß jene Maßregel „nochmals" zurückgenommen sei. Zugleich erhielten wir die Versicherung, daß sofort die Postbehörde von der Zurücknahme der in Rede stehenden Verfügung unterrichtet werden solle.

Die N. Pr. Z. enthält Folgendes: So eben (Mittags $1\frac{1}{2}$ Uhr) ist mir durch den Hrn. Polizei-Präsidenten v. Hinckeldey — wie ich verstanden habe „im Auftrage" — zu Protokoll eröffnet worden, „daß, wofern die Neue Preuß. Ztg. in ihrer regierungsfeindlichen Haltung und maßlosen Heftigkeit beharre, derselben der Postdebit entzogen werden würde." Ich habe diese Eröffnung natürlich mit dem gebührenden Respekte entgegengenommen, habe aber dabei nicht verschweigen dürfen, daß derartige „Verwarnungen" auf mich im günstigsten Falle gar keinen Eindruck machten, daß überdies der Zeitpunkt jetzt nicht wohl gewählt sei, da die Entziehung des Postdebits für das laufende Quartal unstatthaft, und für das folgende von der wenigstens problematischen Zustimmung der Kammern abhängig sei, und daß ich endlich Jedermann das Recht bestreiten müsse, mir eine derartige „Verwarnung" zu ertheilen, und deshalb den Weg der Beschwerde an des Hrn. Ministers v. Manteuffel Excellenz betreten werde. Schließlich die Versicherung, daß der moralische Urheber dieser Maßregel entschieden den unrichtigen Weg gewählt hat, um sein Ziel zu erreichen. Berlin, 12. Okt. 1850. Wagner."

Dem Vernehmen nach soll in der nächsten Zeit die Ernennung eines unserer ältesten uud verdientesten Generäle zum preuß. Feld-Marschall bevorstehen. Man vermuthet, daß der General Wrangel für denselben ausersehen ist. (V. Z.)

*) Unser Korrespondent scheint richtig vorausgesehen zu haben. Die ministerielle österreichische Korrespondenz ist bereits voll guter Hoffnung in Folge der neuesten Verhandlungen des Fürstenkollegiums. Ein Artikel in ihrem neuesten Blatte liefert den Beweis. Zwar eifert derselbe noch gegen die preußischen Ansprüche auf Vergrößerung und Machtausdehnung, indessen er erkennt doch auch Preußen als einen ebenbürtigen Gegner an und spricht von einem treuen und innigen Zusammenhalten Preußens und Oesterreichs. Das klingt ganz anders, als vor wenigen Tagen, als noch die Wiener Preßorgarne Feuer und Flamme sprühten. — Der oben erwähnte Artikel des halbministeriellen Blattes ist zu lehrreich, als daß wir ihn unsern Lesern nicht vollständig mittheilen sollten. Er lautet:

Wien, 12. Oktober. Mit Spannung sehen wir dem Inhalte der nächsten preußischen Blätter entgegen; denn sie sollen uns das Räthsel einer telegraphischen Depesche lösen helfen, die wir im Augenblicke erhalten und die nichts Geringeres meldet, als daß Preußen bezüglich der Union ein Definitivum im Provisorium vorschlägt, wonach die Ausbildung und Organisation derselben den Zeitumständen untergeordnet und der Zukunft vorbehalten bleiben, einstweilen und definitiv aber nur eine Verständigung der Unionsregierungen über ein bestimmtes Verhältniß zum weiteren Bunde und die Gründung eines dem Fürstenkollegium ähnlichen Organes stattfinden soll.

Das Definitivum im Provisorium wäre demnach, daß das Provisorium in der Hauptsache als Definitivum hingestellt wird.

Zweierlei wäre dadurch festgestellt, daß nämlich Preußen es nicht für rathsam erachtet, die von ihm gestiftete Union unter dem Widerspruche der größten Regierungen Deutschlands sofort definitiv in das Leben einzuführen, und daß es sein Augenmerk jenem weiteren Bunde zuwendet, der ihm freilich nur vorerst und angeblich in der Idee vorschwebt, dessen greifliche Realität jedoch ohne Bedenken nicht mehr ganz geleugnet werden kann.

Wenn das so viel heißen soll, daß Preußen für den Augenblick darauf verzichtet, seinen Ansprüchen auf Vergrößerung und Machtausdehnung eine bestimmte Form zu geben, und dagegen entschlossen ist, sich diese unberechtigten Ansprüche für die Zukunft durch die Idee der Union vorzubehalten, so können wir den Widerstand gegen solche Uebergriffe auf den Zeitpunkt versparen, wo uns dieselben in sichtbarer Form entgegentreten werden. Dieser Kampf wäre sonach ein vertagter und es bleibt die Hoffnung über, daß er in dem weiteren Bunde, dem man sich zu nähern beabsichtigt, eine Ausgleichung und friedliche Lösung finden könne. So lange die Union eine bestimmte Form anstrebte, wollte Preußen nur den Begriff des Bundes ohne Form. Wir haben daher die Erwartung, daß Preußen, indem es die Union seiner Form entkleidet, und auf einen Begriff reducirt, sich der Nothwendigkeit eine Form für den Bund anzuerkennen nicht länger entziehen werde. Wir müssen unter allen Umständen darauf gefaßt sein, unser gutes Recht mit der größten Energie zu vertheidigen und konnten das in Norddeutschland genährte und geflissentlich verbreitete Volksvorurtheil, Oesterreich sei zu schwach, um eine solche Vertheidigung bis zu den äußersten Fällen zu wagen, nur bedauern, weil es, auf eitler Täuschung beruhend, einen uns vortheilhaften Umschwung der öffentlichen Meinung verhinderte. Nur ein gänzlich verkommener Staat könnte sich selbst, seine höchsten Interessen und Rechte in so unverantwortlichem Maße aufgeben, als die norddeutsche Publicistik uns anzumuthen wagte. Allein wir haben niemals verkannt, daß Preußen ein uns ebenbürtiger Gegner ist, und wir wären vor den Wechselfällen eines unheilvollen Kampfes nicht deshalb erzittert, weil wir den Kampf scheuen, sondern weil wir ihn als einen tiefen Schnitt in das Herz und die besten Hoffnungen Deutschlands als die Gefährdung seines wahrhaften und eigentlichen Weltberufs, der Preußens wie Oesterreichs ungeschmälerte Größe bedingt und beide auf treues und inniges Zusammenhalten anweist, betrachten müssen. Wir vermöchten nicht wohl zu fassen, welche Form der Verständigung für ein Verhältniß der Union zu dem weitern Bunde gefunden werden könnte, wenn unter dem letzteren nicht eben der einzig berufene, einzig legale deutsche Bund, dessen Repräsentation sich zu Frankfurt a. M. befindet, gemeint wäre. Noch weniger wären wir im Stande, eine Möglichkeit der Union innerhalb des weiteren deutschen Bundes zu denken, wenn sie nicht ganz und gar des Bundesstaatscharakters sich entäußerte und einer solchen Beschaffenheit sich anbequemte, wobei die volle Souverainetät der beigetretenen Einzelstaaten gewahrt bleibt, und unter welchem Vorbehalte allein Bündnisse nicht dem Geiste der Bundesakte widersprechen.

Sollte Preußen mit den in Frage stehenden Beschlüssen eben nur Zeit gewinnen wollen, ohne tiefere und ernstere Absicht einer gründlichen Versöhnung, dann würden wir höchlich bedauern, uns einer voreiligen Hoffnung hingegeben zu haben. Aber das unaufhaltsame Vorschreiten des Bundes auf dem Boden des Rechts und der Legalität würde eine solche Berechnung ohne Zweifel vereiteln und die Schwierigkeiten der Frage würden greller und brennender als je hervortreten.

**) Auch die Const. Ztg. sieht sich veranlaßt, auf einen Artikel der Voß. Ztg. in folgenden Worten hinzuweisen: Die Vossische Zeitung beginnt, ihr Publikum auf die neue Gestaltung der Union vorzubereiten, wie wir dieselbe gestern in ihren Grundzügen angegeben haben. Was sich Faktisches aus dem Artikel der Vossischen herauslesen läßt, stimmt mit unsern Angaben überein. Es wird der Mühe nicht werth sein, auch von dem anderweitigen Inhalte desselben Notiz zu nehmen. Behauptungen wie die, daß es „mit der Sache der Union besser stehe, als es jemals der Fall gewesen" und Versicherungen wie die, daß „der günstige Augenblick zur Gründung des Definitivums unerwartet schnell eintreten dürfte" — überlassen wir billig dem Glauben derjenigen, welche auch geneigt sind das Talent zu bewundern, mit dem jener Artikel die künstliche Verschmelzung von Provisorium und Definitivum als eine Maßregel der höchsten praktischen Weisheit, den Forderungen der „Doktrin" gegenüber, darzustellen bemüht ist."

Deutschland.

Frankfurt, 11. Oktbr. [Tagesneuigkeiten.] Wie man vernimmt, hat der großbritannische Gesandte, Lord Cowley, die bereits erwähnte Protestnote Lord Palmerston's in der kurhessischen Frage dem Grafen Thun überreicht, worauf dieser eine Sitzung der Bundesversammlung veranstaltet haben soll.

Der N. Pr. Z. wird hierüber aus Frankfurt 9. Oktober geschrieben: „Auf spezielle Einladung des Grafen v. Thun versammelten sich heute 11 Uhr sämmtliche bei der Bundesversammlung betheiligte Diplomaten. Als desfallsige Veranlassung giebt man in gemeinhin wohlunterrichteten Kreisen, eine britische, die kurhessische Angelegenheit betreffende Note an, die Lord Cowley vom britischen Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag erhalten haben soll, zur Kenntniß der vorbefragten Versammlung in offiziöser Form zu bringen. **Mittelst derselben erklärt Lord Palmerston, wie versichert wird, seine Regierung werde es nimmer gestatten, daß von irgend einer Seite eine materielle Dazwischenkunft in jener Angelegenheit statthabe.**"

Gestern Abend sollen hier wichtige Nachrichten eingetroffen sein. Nach denselben würden, wie man sagt, in Folge einer Verfügung der Bundesversammlung zwei starke k. k.

österreichische Divisionen vorrücken. Die den betreffenden Truppen zugekommene Ordre soll dahin gehen, daß sie aufzubrechen hätten, um sich als Auxiliar-Bundestruppen an der kurhessischen Grenze aufzustellen. Die erste Division würde aus Böhmen vorrücken und den Weg durch Baiern, über Hof und Bamberg, einschlagen. Sie würde unter dem Kommando des k. k. Feldmarschall-Lieutenants Parrot, eines gebornen Frankfurters und bekannten ausgezeichneten Offiziers, stehen. Unter ihm würden sich befinden die Brigaden von den Generalen Horwarth, Graf Leiningen und Baron Stillfried. Diese Brigaden bestehen aus den Infanterie-Regimentern Dom Miguel, Baron Haugwitz und Baron Welden, dann aus dem 16. und 18. Jäger-Bataillon, dem Dragoner-Regiment König von Baiern und dem Ulanen-Regiment Erzherzog Karl, so wie aus einer Kavalerie- und zwei ordinären Fuß-Batterien. Die zweite Division würde vorrücken von Vorarlberg, ihr Befehlshaber würde sein Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog Leopold. Zu dieser Division würden gehören die Brigaden der Generale Collery, Baron Gorger und Blomberg, die Infanterie-Regimenter Graf Nugent, Erzherzog Ludwig, und Benedeck, das 1. und 7. Bataillon vom Kaiser-Jäger-Regiment; als Kavalerie das Cheveauxleger-Regiment Fürst Windischgrätz und Prinz Koburg-Husaren; als Artillerie eine Kavalerie- und zwei ordinäre Batterien. (O.-P.-A.-Z.)

Kassel, 11. Oktober. [Nachtrag aus der Berliner Reform über die Vorgänge am 10. und 11. Oktober.] Die Nachrichten aus Wilhelmsbad sind nicht sehr freudiger Natur. Der Kurfürst hat dem General Haynau nachstehende Vollmacht ertheilt:

„Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst 2c., Ertheilen hiermit auf Antrag Unseres Gesammt-Staatsministeriums Unserem Oberbefehlshaber, Generallieutenant v. Haynau, die Vollmacht, in Unserem Namen Offizieren aller Grade Unseres Armeekorps den verlangten Abschied zu verwilligen, so wie diejenigen, welche, ohne den Abschied zu begehren, den dienstlichen Gehorsam verweigern sollten, unter Entsetzung von ihrem Amte der sofortigen Bestrafung zu überweisen, auch die durch solche Verabschiedung und Amtsenthebung erforderlich werdenden Beauftragungen mit Kommandos vorzunehmen und Uns zur definitiven Besetzung der erledigten Stellen die nöthigen Anträge vorzulegen. Urkundlich 2c. Wilhelmsbad, den 6. Oktober 1850. Friedrich Wilhelm. — vdt. Hassenpflug, Haynau, Baumbach. Allerhöchste Vollmacht für den Oberbefehlshaber Generallieutenant von Haynau."

Diese Vollmacht hat der General gestern den Stabsoffizieren vorgelesen mit dem Befehle, ihren Offizieren den Inhalt mitzutheilen. Nachdem er sich dann nochmals in Expektorationen über die Rechtsgiltigkeit der Verordnungen ergangen, erklärte er, daß binnen 24 Stunden jeder Offizier sich entschlossen haben solle und müsse, ob er die Verordnungen vom 7. und 28. v. M. als verfassungsmäßig ausführen wolle, widrigenfalls derselbe seinen Abschied erhalte. Im Laufe des gestrigen Tages zirkulirte dann eine Belehrung von Haynau unter den Offizieren, worin er sich nochmals bemüht, sie zu sich herüber zu ziehen, die Offiziere blieben jedoch fest und haben gestern einzeln ihre Entlassung eingereicht, darunter verschiedene mit dem Vorbehalte, daß sie die ihnen als Staatsdiener zustehenden Rechte demnächst, wenn die Regierung die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen anerkenne, geltend machen würden. Die Entlassung war den Offizieren jedoch bis gestern Abend noch nicht geworden. Uebrigens sollen unter dem Militär Beurlaubungen eingetreten sein. Gestern waren die Truppen, wie man sagt, in den Kasernen konsignirt und man hatte ohne Mitwissen des Kommandeurs die in Hofgeismar stationirte Schwadron des zweiten Husarenregiments hierher beordert. Auch tauchte ein Gerücht auf, wonach auf der Etappenstraße bei Hersfeld ein preußisches Truppenkorps aufgestellt sei. In Warburg war eine Abtheilung des 28. Regiments eingezogen und die Hannoveraner hatten sich von der Grenze wieder zurückbegeben.

** **Kassel**, 11. Oktober. [Charakteristik der Vorgänge.] Seit das Offizierkorps der kurhessischen Armee den Abschied gefordert, ist wieder eine Art Waffenruhe eingetreten. Der s. g. Oberbefehlshaber ist nicht weiter mit Gewaltmaßregeln vorgeschritten und er hält nur die ausgeführten aufrecht. Wir wollen daher diesmal darauf uns beschränken, zur Charakteristik unserer Verhältnisse einige Beiträge zu liefern. In diesen Tagen hat Hr. Haynan einem Stabsoffizier den Auftrag ertheilt, genau auf einen gewissen Vogt-Rheetz Acht zu haben, welcher sich als preußischer Kundschafter hier aufhalte und wenn er ihn in verdächtigen Situationen betreffe, so solle er ihn sofort verhaften und an ihn abliefern. Er habe hierzu den gemessenen Befehl vom Ministerium aus Wilhelmsbad erhalten. Daß der Stabsoffizier erklärte, sich zu einer solchen Mission nicht herzugeben, versteht sich wohl von selbst. — Bekanntlich ward der Verwaltungsbeamte v. Urff zu Rotenburg vom s. g. Oberbefehlshaber wegen Nichtbeachtung seiner Befehle suspendirt. 2c. Haynau beauftragte den Verwaltungsbeamten Faber in Melsungen mit Versehung der Stelle. Dieser hatte nichts Eiligeres zu thun, als sich an seinen neuen Posten zu begeben, um den 2c. Urff seines Dienstes zu entsetzen. v. Urff erklärte, daß er keine Befehle des 2c. Haynau respektire und als Faber nicht weichen wollte, so requirirte er gerichtliche Hülfe. Diese war schnell zur Hand. Der Staatsprokurator schritt ein, verhaftete den 2c. Faber wegen Anmaßung von Gewalt, Störung eines öffentlichen Beamten in seiner Dienstfunktion und entließ ihn nur nach Feststellung des Thatbestandes und als 2c. Faber die Versicherung gegeben, sich in dem auf den 10. d. M. Morgens 9 Uhr anberaumten Termin vor dem kurfürstlichen Obergericht stellen zu wollen. Faber erschien aber nicht und ist vom kurfürstlichen Obergericht zu Rotenburg in contumaciam zu einer sechswöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Wilhelmsbad, 11. Oktbr. Die hier eingetroffene Nachricht von dem Entlassungsgesuche fast sämmtlicher Offiziere hat einen sehr trüben Eindruck gemacht. Die österr. Regierung unterstützt zwar noch immer eine konsequente Durchführung der bisherigen Politik, und will das Verfahren der Offiziere für Meuterei erklären, weshalb man diese entlassen, zur Rechenschaft ziehen und etwa durch Unteroffiziere ersetzen müsse. Allein es giebt doch manche Anzeichen, daß man zu schwanken anfängt, und mildere Maßregeln zu treffen beabsichtigt. (F. J.)

München, 9. Oktbr. [Die Intervention in Holstein.] Mit dem Schutz- und Trutzbündniß scheint es nicht nur seine Richtigkeit zu haben, sondern es geht bereits an dessen Ausführung. Die zum Exerciren Einberufenen sollten heute wieder heim dürfen; sie müssen aber bis morgen bleiben, da man in Frankfurt den Königreichen Baiern, Sachsen und Hannover die Ehre zugedacht hat, in Holstein zu interveniren, und die baierische Regierung, der dies doch zu viel ist, vor Allem beim König anfragt, ehe sie an diese ihr selbst noch ziemlich mißliebige Ausführung geht. (D.-P. A. Z.)

Hannover, 11. Oktober. [Die Ministerkrisis.] Seit vorgestern befindet sich Lord Brougham hier. — Herr Detmold hat heute früh mit Herrn Lindemann konferirt. Es wird erzählt — und ist nicht unwahrscheinlich — daß Herr Detmold mit der Bildung eines neuen Ministeriums beschäftigt sei, in das er aber selber nicht eintreten würde. Auf der andern Seite spricht man von einem öffentlichen Erlaß des jetzigen Ministeriums über seine Politik in neuester Zeit. Wir würden ein solches Manifest mit Freuden willkommen heißen, am liebsten für den Fall, daß es zu Ungunsten der tadelnden Kritik ausfiele, die wir so oft gegen das Ministerium anzuwenden genöthigt waren. (Hann. Bl.)

Hannover, 11. Oktbr. [Vereinstag für Schleswig-Holstein.] Vom Hamburger Hülfs-Komitee war vor einigen Wochen der Vorschlag ausgegangen, zur Verabredung wirksamer Hülfsmaßregeln für die Herzogthümer eine Zusammenkunft der deutschen Hülfsvereine und bewährter Freunde der holsteinschen Sache zu veranlassen. Hannover war auf diesen Vorschlag eingegangen und hatte auch, auf Hamburgs Antrag, sich bereit erklärt, die zur Abhaltung des Vereinstags in hiesiger Stadt erforderlichen Voranstalten zu treffen. Da die Zeit drängte, so war eine Vertagung der Angelegenheit über den anfänglich bestimmten 11. Oktober nicht rathsam, obgleich über den Vorverhandlungen fast 14 Tage vergangen waren und daher die Einladungen an Vereine und Freunde erst so spät abgehen konnten, daß sie die entfernteren eben nur noch zu rechter Zeit erreichen mochten. — Dieser Kürze der Zeit ungeachtet begrüßten wir heute über 200 Freunde aus allen Theilen, auch den entferntesten des Vaterlandes, meist Vertreter von Vereinen, die mithin eine ansehnliche Seelenzahl repräsentirten. Auch aus Holstein waren theure Gäste gekommen, Bargum, der Präsident der Landesversammlung, Bürgermeister Balemann, Karl Lorenzen, der Hardesvoigt Jochens aus Flensburg und Herr v. Krogh aus Gravenstein. Beide letztere vertriebene schleswigsche Beamte. Von sonstigen Bekannten erwähnen wir, die vollständige Liste vorbehaltend, den vormaligen württembergischen Minister Duvernoy, den frühern nassauischen Minister Hergenhahn, die Professoren Fallati aus Tübingen, Dunker von Halle, Wurm von Hamburg, Zachariä von Göttingen, Wibel, Zedelius und Rüder von Oldenburg, Roderich Benedix von Köln u. s. w. Andere namhafte Männer hatten, ihr Ausbleiben entschuldigend, zustimmende Briefe gesandt, unter diesen Ernst Moritz Arndt. — Lang II. eröffnete die Versammlung im Auftrage des hamburger und hanoverschen Komitees mit nachstehender Rede:

„Meine Herren! Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie im Namen des hiesigen Central-Vereins für Schleswig-Holstein willkommen zu heißen, ein Auftrag, dessen ich mich gern entledige, wenn auch mit gedrückter Brust.

Herzlich möchte ich wünschen, daß der Grund unserer Vereinigung ein erfreulicher wäre; doch zur Freude fehlt im Vaterlande leider alle Veranlassung. Hätten wir Grund, unsrer Versammlung eine anerkannte öffentliche Bedeutung beizumessen, dann wäre dies Haus für den Augenblick ein Trauerhaus der Nation; wir wären dann vereinigt, im Namen eines Volkes, welchem von allen Hoffnungen, deren Erfüllung so nahe stand, nichts geblieben ist, als die Erbitterung über deren augenblickliche Vernichtung, die Trauer über das geopferte Blut seiner Söhne, und der Hohn des Auslandes. Erheben und begeistern würde uns dann aber das sichere Bewußtsein der Kraft, helfen zu können; ein Bewußtsein, über welches bittere Erinnerungen der Gegenwart und Vergangenheit vergessen werden können.

Eine solche Bedeutung fehlt aber unserer Versammlung eben so sehr, wie jeder andern über gemeindeutsche Angelegenheiten berathenden Versammlung im Vaterlande. Die Nation hat überall kein anerkanntes Organ; sie hat keine Vertretung für ihr Recht und ihre Ehre; selbst für ihren Schmerz, für ihre Erbitterung fehlt ihr das Wort.

Nur für eine kurze unvergeßliche Zeit war es anders, und diese Zeit ergab deutlich, welcher Werth der Stimme der Nation beizumessen ist. Jetzt sind wir zurückgeschleudert in den traurigen Zustand langer Jahre.

Ihm vorzugsweise ist es beizumessen, daß in Deutschland kein erhebliches Ereigniß auf eine den Vaterlandsfreunden wohlgefällige Weise zur Endschaft hat geführt werden können, wenn auch zugleich viele der Begabteren in der Nation dabei nicht ohne schweres Verschulden sind. Manche, die zur Wirksamkeit berufen gewesen wären, mögen von jeher geneigter gewesen sein, die Nation preiszugeben, als auch nur ein Haar verknöcherter Ansichten oder Parteistellungen; Manche mag bittere Erfahrungen abgestumpft haben gegen das Gefühl des Schmerzes und der Schmach; in der Nation hat aber, zu jeder Zeit, alles Unheil, aller Druck nur dazu beigetragen, das Gefühl der Einheit zu stärken, die Liebe zu dem gedrückten Vaterlande zu kräftigen, und nicht selten hat das Uebermaß der Leiden das Volk zur mächtigen That entflammt, selbst wenn es von seinen Führern verlassen war.

„Ob ein solcher Augenblick nahe ist oder fern, Niemand vermag das zu ermessen; so wie aber von jeher Männer vorhanden gewesen sind, entschlossen, der Unterdrückung des Vaterlandes gegenüber die Hände nicht in den Schoß zu legen; fest entschlossen, für die Sache des Vaterlandes zu handeln, wie und wo sie können; welche die Hoffnung, wie oft sie auch getäuscht ist, und die noch so hart geprüfte Ausdauer nie verloren haben; daß es ebenso auch gegenwärtig an solchen Männern nicht fehlt, dies zeigen unsere heldenmüthigen Brüder an der Eider und, wie ich hoffen darf — auch die Mitglieder dieser Versammlung.

„Meine Herren, wir sind freiwillig zusammengetreten für das verlassene Schleswig-Holstein. Uns hat kein Gesetz, keine menschliche Willkür hier vereinigt. Aber wir haben ein kräftigeres Mandat, als eine verbriefte Satzung zu schaffen vermag: ein Mandat, eingetragen mit mächtigen Flammenzügen in unsere Brust; die unantastbarste aller Berechtigungen, begründet durch begeisterte Vaterlandsliebe. Wir haben keine äußere Auktorität, keine sichtbare Macht; aber wir stützen uns auf die laute Mahnung des Gewissens, und dieses Gewissen, meine Herren, gehört nicht uns allein, es gehört einer großen, einer mächtigen Nation.

„Wir dürfen hoffen, daß, ohne Formen zu beeinträchtigen, welche die Achtung vor dem Gesetze unverletzlich macht, es gelingen werde, die vereinzelten Anstrengungen zu kräftigen und zur großen That zu konzentriren für eine Sache, für welche das Herz des Vaterlandes blutet. Sollte sich das aber auch nicht so plötzlich verwirklichen lassen, jedenfalls ist es Gewinn, daß wir, die wir hier versammelt sind, uns eng aneinander schließen und so der Geschichte das Zeugniß bewahren, daß, in einer trostlosen Zeit, Deutschland, wie auf dem Schlachtfelde so auch im Volke Männer aufzuweisen vermochte, die über gebrochenen Hoffnungen, über den Leichen ihrer Brüder und den brennenden Trümmern von Friedrichsstadt sich die Hand reichten und es sich feierlich gelobten, an der Sache des Vaterlandes nie verzweifeln zu wollen. Gott erhalte unser Vaterland!"

Rauschender Beifall folgte den Worten des Redners, worauf die Versammlung, seiner Aufforderung folgend, sich für constituirt erklärte. Durch Acclamation wurden sodann erwählt: zum Präsidenten Gabriel Rießer, zum Vicepräsident Lang I. v. Verden, zu Secretären Doktor Stockfleth und Schatzrath Merkel von Hannover. Rießer übernahm das Amt mit Dank für ein Vertrauen, dessen Rechtfertigung erleichtert werde in einer Sache, wo ein Gefühl für Recht und Pflicht Alle beseele, wo Selbstgefühl und Parteien schweigen den Leiden des Vaterlandes gegenüber. Sodann dankte er im Namen der Versammlung seinem Vorgänger Lang für die Eröffnung, gedachte mit kurzen Worten der Zeiten, wo wir gehofft, daß der Fortschritt der Völkerfreiheit nach Tagen zu zählen sein würde, Zeiten, die nun vorüber und statt deren andere gekommen seien, wo nur treue Ausdauer helfe. Nach Jahren müßten wir wieder zählen, Jahre unermüdeter Anstrengung allein könnten zur Erfüllung führen. — Präsident Bargum, mit stürmischem Beifall empfangen, rechtfertigte sein und seiner Landsleute Erscheinen, nur um etwa Erläuterungen zu geben, sei man gekommen; man werde auf jedes Stimmrecht verzichten, aber man bitte den Verhandlungen beiwohnen zu dürfen. Erneuter Beifall der Versammlung war die Antwort auf diese bescheidene Rede. — Präsident Rießer schlug sodann eine kurze Geschäftsordnung vor, die genehmigt wurde. Ueber die eigentlichen Verhandlungen des ersten Tages später das Nähere. (Z. f. N.)

Ein Korrespondent der Berl. Constitutionellen Zeitung setzt den hier abgebrochenen Bericht des Hamburger Blattes, wie folgt, fort: „Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildeten die Wochensammlungen für Schleswig-Holstein. Aus den verschiedensten Theilen Deutschlands vernahmen wir bei dieser Verhandlung interessante Berichte, meist Einzelnheiten, doch reich an praktischen Winken. Erledigt wurde der Gegenstand durch eine Resolution, welche der Schatzrath Lang vorschlug, zielend auf die Uebernahme und Vertheilung eines Monatsbeitrags von 200,000 Thalern Seitens der Komités in Deutschland. Diese Resolution ist einstimmig genehmigt. Unter den Amendements schien eines die Verhandlung auf eigentlich politische Themata bringen zu wollen; der vorgeschlagene Zusatz nämlich: „unbeschadet der politischen Parteistellung." Doch der richtige Takt der Versammlung ging darüber hinweg; der Zusatz ist als ein selbstverstandener nicht beliebt worden. Im Anschlusse an diese Resolutionen wurde beschlossen, hier von Hannover aus in Gemeinsamkeit eine Ansprache an das deutsche Volk zu richten. Die Ernennung eines diesfälligen Ausschusses überließ man dem Präsidium. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Förderung der freiwilligen Anleihe. Herr Godeffroy von Hamburg entwickelt in einem eleganten, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag die Bemühungen der Hamburger in dieser Sache. In Hamburg sind bis jetzt, obwohl erst am 25. September die Landesversammlung die Anleihe bewilligte, schon 21,000 Thaler gezeichnet, ein Zeichen nicht nur von Patriotismus der Hanseſtadt, sondern auch ein Kreditbrief für die Anleihe, den die Kaufleute des großen Platzes hiermit ausgestellt haben. — Herr Bargum gab darauf eine Uebersicht über die ungemeinen Opfer der Herzogthümer in letzten Jahren, wiewohl die ganze Civilverwaltung mit $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark Bko. bestritten wird, während zur Zeit der gemeinsamen Finanzen Dänemarks und Schleswig-Holsteins 10 bis 11 Millionen nach Kopenhagen flossen. — Ueberraschend war, daß die bisher ausgegebenen Kassenscheine sich auf $3\frac{3}{4}$ Millionen Mark belaufen, zu denen jetzt $1\frac{1}{4}$ kommen werden, eine unverhältnißmäßig geringe Summe. Die Resolution des Herrn Godeffroy wurde einstimmig genehmigt und Zeichnungen zu der Anleihe fanden auf der Stelle statt. — Die Organisation der Vereine für Schleswig-Holstein kam am dritter Stelle zur Sprache. Zachariä von Göttingen stellte dieserhalb einen Antrag. Er wurde nicht angenommen. Alle waren von dem Gefühl durchdrungen, daß die Sache selbst in jedweder Art zu heben und zu fördern sei, daß daher nicht Fragen der Form den Vorwand abgeben dürften zur Benachtheiligung der Sache. Der Antragsteller erklärte sich damit einverstanden. Die förmliche Organisation unterblieb. Ein geschäftlicher Verkehr zwischen den Vereinen hat immer stattgefuuden. Das Hamburger Comité als das dem Schauplatze der Ereignisse zunächst gelegene, bietet sich als natürlichen Mittelpunkt für die Angelegenheiten der Hülfsvereine. In einem von Hergenhahn vorgeschlagenen Uebergang zur Tagesordnung sprach sich die Mehrheit in diesem Sinne aus. — Die Fortsetzung der Verhandlungen ward auf morgen früh vertagt. Im Saale des Café Tivoli vereinigen sich in geselliger Weise die Mitglieder am Abend. Der Süden ist, wie ich schließlich bemerke, zahlreich vertreten; Fallati (auch Duvernoy wurde genannt) von Würtemberg, Buhl von Rheinbaiern, Varrentrap von Frankfurt a. M., Hergenhahn von Nassau erschienen neben Roepell, M. Dunker, Vieweg, Schierenberg, Rüder, Wiebel, Zedelius u. s. w. Aus den meisten deutschen Ländern waren Angehörige gekommen. Ueber die Sache Schleswig-Holsteins ist weiter kein Wort verloren; sie ist in allen Herzen; hier handelt es sich nur um das „Wie" der Hülfe mit seinen Praktiken, die sich in einer Zeitung schwer wiedergeben lassen; längst entschieden ist das „Ob." Die Männer, welche sich hier die Hand gereicht, scheuen für Schleswig-Holstein kein Opfer; sie und ihre Gesinnungsverwandten werden successive jedes bringen, das erforderlich wird. Die Männer, welche sich hier über das Praktische der Hülfleistung verabreden, stellen Deutschland über Alles. An der thätigen Liebe zum Vaterland erkennen sich die Freunde von Süd und Nord."

Hamburg, 10. Oktbr. [Die Vermehrung der schleswig-holsteinischen Armee] um 10,000 Mann wird auf das Ernstlichste vorbereitet. Bereits ist die entsprechende Zahl von Uniformen in Arbeit gegeben, und zwar werden 5000 Waffenröcke, Mäntel und Beinkleider in Altona angefertigt, 5000 aber werden durch das hiesige Schneideramt hergestellt. Die bewilligten Arbeitslöhne sind für die Uebernehmer sehr vortheilhaft. (Weser-Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 10. Oktober. Die sämmtlichen Geschütze vor Friedrichsstadt sind bereits hier eingetroffen, die Position ist aufgegeben, indem die Truppen bis diesseits der Eider zurückgezogen sind und nur die Vorposten, wie früher, jenseits der Eider beim Dorfe Süderstapel aufgestellt sind; die Dänen, welche vor einem abermaligen Angriff Furcht haben, befestigen sich noch stärker im Westen an der Eidermündung bei Kollingbüttel und Ramstedt, indem sie dort große Schanzwerke und Blockhäuser aufführen.

Leider beträgt der Verlust bei dem Sturme auf Friedrichsstadt mehr als man Anfangs annahm; nahe an 500 dürfte die richtige Zahl sein, von denen wohl an 200 bis 250 todt auf dem Platze geblieben, theils gefallen und theils ertrunken sind; die Uebrigen sind meistens sehr schwer durch Kartätschenkugeln verwundet und werden Viele noch an ihren Wunden sterben. (Ref.)

Oesterreich.

♉ **Wien**, 12. Okt. [König Otto. — Avancements in der Armee. — Das Ministerium im Kampfe gegen den Absolutismus.] König Otto von Griechenland wird in den nächsten Tagen hier erwartet, und hat der Erzherzog Albrecht, welcher derzeit in Urlaub hier verweilt, und ein Schwager desselben ist, die Gemächer in der Weilburg nächst Baden zu seiner Aufnahme in Bereitschaft setzen lassen. Dem Vernehmen nach war die Angabe von der Uebertragung der griechischen Königskrone auf einen österreichischen Prinzen eine schwarzgelbe Fabel aus dem dynastischen Gehirn eines Gutgesinnten entsproffen, denn abgesehen davon, daß die Großmächte die Inthronisation eines Erzherzogs in Athen unmöglich zugeben würden, hat der Prinz Luitpold, der Bruder des Königs Otto, bereits seine Bereitwilligkeit zur Annahme der griechischen Krone erklärt und wird zu diesem Endzweck zur griechischen Kirche übertreten. Ob mit der Thronentsagung des Königs Otto zugleich dessen Ehescheidung von Amalie von Oldenburg stattfinden wird, scheint noch ungewiß zu sein. — Das vor zwei Tagen ausgegebene Militär-Handbuch für 1851 war in seiner ganzen Auflage von 8000 Exemplaren binnen 24 Stunden vergriffen und mußte sogleich eine zweite Auflage veranstaltet werden. Eine Vergleichung desselben mit dem Staatshandbuch für 1848 zeigt die Riesenkämpfe, die Oesterreich in der Zwischenzeit zu bestehen gehabt, denn eine solche umfassende Verwandlung des k. k. Offizierskorps hat selbst in den blutigen französischen Revolutionskriegen niemals stattgefunden; damalige Oberlieutenants sind jetzt Majors und der jüngste Lieutenant ist bei fast allen Regimentern zum Hauptmann avancirt. Um ein solch fabelhaftes Avancement zu begreifen, muß man neben dem starken Verlust an Offizieren im Felde selbst, die Errichtung neuer Bataillone und Reserve-Eskadrons (die Zahl der Jäger-Bataillons wurde z. B. von 12 auf 30 vermehrt) in Anschlag bringen, so wie nicht minder den Umstand, daß so viele italienische und ungarische Offiziere in Folge der Insurrektion die Reihen des kaiserlichen Heeres verlassen haben, deren Abgang bei der spätern Wiederorganisation der abgefallenen Truppen neu kreirt werden mußte. Das k. k. Offizierkorps zählt bei 24,000 Köpfe, worunter 287 Generale, von denen nur 34 Nichtadelige sind; die Generalität besteht aus 7 Feldmarschällen, nämlich der Herzog Wellington, die Erzherzoge Johann und Ferdinand Este, Radetzky, Wimpfen, Windischgrätz und Nugent, dann 20 Feldzeugmeister, 113 FML. und 147 General-Majors. — Das Ministerium scheint sich den Angriffen der Absolutisten gegenüber aufraffen zu wollen und nur auf diese Art kann es sein Bestehen, oder mindestens einen ehrenvollen Rückzug retten; die Broschüre des Majors Barbaczy, „Bekenntnisse eines Soldaten" ist nicht nur konfiszirt, sondern zugleich der Drucker derselben, Hr. della Torre, in Anklagestand versetzt worden. Sobald nun dieser den Verfasser nennt, so wird der Staatsanwalt nicht umhin können, gegen den Flügeladjutanten Sr. Majestät des Kaisers selbst einzuschreiten, wobei sich sofort herausstellen muß, inwiefern Hr. v. Barbaczy blos als Individuum gesprochen hat, oder er nur das Sprechrohr einer mächtigen Partei gewesen. Wahrscheinlich dürfte diesmal das Ministerium als Sieger hervorgehen, doch etliche solche Siege werden zuletzt sein Verderben sein; schon die Verabschiedung Haynaus, die ungerächte Beleidigung desselben in London haben die öffentliche Meinug der Armee gegen die Minister aufgestachelt, kommt nun noch eine Verurtheilung des Majors Barbaczy wegen seiner Apotheose des Absolutismus hinzu, so kann dies nicht anders als die feindseligen Gefühle nähren, welche die militärische Aristokratie seit langeher gegen das Ministerium hegt. Wenn auch jetzt der mit schwacher Faust geführte Streich mißlingt, so wird er doch später, mit kräftigerem Schwung wiederholt, sein Ziel kaum verfehlen.

Eine Verordnung des Ministeriums des Innern befiehlt allen bezirkshauptmannschaftlichen Beamten in Zukunft den sonntäglichen Kirchenbesuch. — In Folge der letzten Zusammenkunft des Kaisers mit der Kaiserin Mutter, dürfte dieselbe wohl den kommenden Winter in Wien zubringen. — Der Minister des Innern Dr. A. Bach wurde vom Kaiser zum Geheimrath ernannt. — Montag den 14. wird der Rektoe drr Universität installirt, Hr. Sigesmund Schultes, Abt des Benediktinerstiftes zu den Schotten, kk. Rath, Dr. der Theologie 2c. — Minister Schmerling ist zurückgekehrt. — Die Nordbahn hatte in den ersten 9 Monaten l. J. an 3 Millionen Fl. Einnahme.

Frankreich.

× **Paris**, 10. Okt. [Die Versailler Revue.] Eine zahllose Menge hatte sich heute zu der großen Revue bei Versailles eingefunden. Die vornehme Welt befand sich auf den Tribünen, für die Volksmasse war eine Art von Amphitheater errichtet worden. Auch waren alle Bäume im Umkreise mit Zuschauern besetzt. Das trübe Wetter klärte sich gegen Mittag auf, und die Helme, die Küraſſe und die Bajonnette der großen Truppenmassen blitzten im schönsten Sonnenglanz. Von der Kavalerie waren nicht weniger als 12 Regimenter bei der Revue. — Der Präsident hielt sich längere Zeit vor den Tribünen auf, und als er endlich zu den Truppen heranritt, hörte man vereinzelte Ausrufungen aus dem Volke: „vive Napoléon!"

Das politische Interesse begann mit dem Vorbeimarsch, welcher durch das Corps de génie eröffnet wurde. Dieses Korps so wie die Artillerie sind gewöhnlich schweigsam, und sie haben sich heute eben so verhalten. Die Tirailleure von Vincennes und die Infanterie zogen ebenfalls ganz stillschweigend vorbei. Anders aber war es mit der Kavalerie, denn mit Ausnahme eines Kürassier-Regiments haben alle die glänzenden Eskadrons, welche zwischen dem Präsidenten und dem General Changarnier passirten, napoleonische Ausrufungen mit einer Energie ausgestoßen, die der Präzision, mit der sie manöverirten, nichts nachgab. Den Ruf: „vive le Président" hörte man sehr selten, aber um so mehr das „vive Napoléon" und mitunter auch „vive l'Empereur." Der Ruf „vive la République" war gar nicht zu vernehmen.

Sind nun diese Provokationen dem guten Vernehmen zwischen dem Elysée und den Offizieren zuzuschreiben, oder dem Antagonismus der Soldaten gegen die parlamentarische Partei, und wollten jene der anwesenden Permanenz-Kommission absichtlich eine Lektion geben? Wie dem auch sein mag, Herr Dupin hat den Kriegsminister Hautpoul daran erinnert, daß sein Versprechen nicht erfüllt worden sei, und man erwartet demgemäß eine lebhafte Sitzung der Kommission auf morgen. Der Minister hatte der Kommission die Versicherung gegeben, daß bei der heutigen Revue die militärischen Reglements, welche jeden Ausruf unter den Waffen verbieten, streng befolgt werden sollen; dieses Versprechen ist nicht gehalten worden, und es ist daher wohl möglich, daß die Kommission morgen einen energischen Tadel gegen das Gouvernement ausspricht.

Bei der bevorstehenden Repräsentanten-Wahl im Nord-Departement treten folgende Kandidaten auf: Seitens der orleanistischen Partei: Guizot; Seitens der bonapartistischen: General Roguet; und Seitens der Republikaner: Dupont de l'Eure.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.
Prinz Friedrich v. Hessen und Kammerherr Graf v. Lindholm aus Kopenhagen. Gutsbes. Baron v. Seherr-Thoß aus Schollwitz. Baron v. Richthofen aus Gr.-Rosen. Gutsbes. von Natzmer aus Jankow. Gutsbes. Poleve aus Malzdorf. Gutsbes. Reinhard aus Czeoke. Gutsbes. Baron v. Gilgenheimb aus Weidenau. Referendarius Treutler aus Waldenburg. Fürst Radziwil aus Wien. Offizier v. Stephani aus Warschau. Graf Henkel von Donnersmark aus Grambschütz.

Markt-Preise.

Breslau am 14. Oktober 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin.	Waare
Weißer Weizen	60	56	53	50	Sgr.
Gelber dito	59	55	53	49	"
Roggen . . .	41	38	37	36	"
Gerste . . .	28	26	24	23	"
Hafer . . .	23	22	20	19	"
Rothe Kleesaat	$11\frac{2}{3}$	$11\frac{1}{6}$	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	12	11	10	6—7	Rtl.
Spiritus . .	$6\frac{3}{4}$ bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

12. u. 13. Oktbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"8,14"'	27"9,08"'	27"8,97"'
Thermometer	+ 4,6	+ 2,6	+ 4,4
Windrichtung	N	NNW	N
Luftkreis	bedeckt	trübe	trübe

Börsenberichte.

Breslau, 14. Oktober. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $111\frac{1}{2}$ Br. Polnisch Courant $96\frac{1}{6}$ Br. Oesterreichische Banknoten $84\frac{3}{4}$ Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine $111\frac{1}{2}$ Br. Freiwillige preuß. Anleihe 107 Br. Neue Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $100\frac{1}{12}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$ % $85\frac{5}{12}$ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101 Br., neue $3\frac{1}{2}$ % $90\frac{2}{3}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$ % $94\frac{5}{12}$ Gl., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 101 Br., Litt. B. 4 % $100\frac{1}{3}$ Br., $3\frac{1}{2}$ % $92\frac{1}{2}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe 96 Br., neue $95\frac{1}{3}$ Br. Polnische Schatz-Obligationen $79\frac{1}{2}$ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81 Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % $74\frac{1}{2}$ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. $107\frac{5}{6}$ Gld., Litt. B. $105\frac{1}{3}$ Br. Krakau-Oberschlesische $68\frac{2}{3}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $81\frac{1}{2}$ Br., Priorität 5 % $103\frac{1}{2}$ Br. Serie III. 103 Br. Neisse-Brieger 33 Br. Köln-Mindener 96 Gld., Priorität $103\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $37\frac{1}{12}$ Br. — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141 Gld. Berlin 2 Monat $99\frac{1}{4}$ Gld., k. Sicht $100\frac{1}{3}$ Br. Hamburg 2 Monat $149\frac{5}{12}$ Gl., k. Sicht $150\frac{5}{12}$ Gl. London 3 Monat 6 $22\frac{1}{3}$ Gl. Paris 2 Monat 80 Gld.

Wien, 12. Oktober. Die Börse in Fonds und Wechsel sehr geschäftslos und etwas flauer Comptanten preishaltend.

5 % Metal. $95\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{8}$, $4\frac{1}{2}$ % $82\frac{7}{8}$ bis $\frac{15}{16}$; Nordbahn 109 bis $\frac{7}{8}$; Hamburg 2 Monat $177\frac{3}{4}$; London 3 Monat 11. 59; Silber $119\frac{3}{8}$.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.